



Amtlicher Theil.

Se. Excellenz der Herr Minister des Innern hat den emeritirten k. k. Professor der Medizin Dr. Franz Schiffer, den k. k. Regierungskonzipisten Dr. Friedrich Reebacher, den Primararzt Dr. Franz Fuz und den Eisenbahnarzt Dr. Adolf Eisl zu ordentlichen Mitgliedern des k. k. Landes-sanitätsrathes für Krain auf die Dauer von drei Jahren ernannt.

Laibach am 13. März 1877.

A. k. Landespräsidium für Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Commassations-Frage in Krain.

Die Zusammenlegung der Grundstücke, die Theilung gemeinschaftlicher Grundstücke, die Ablösung und Regulierung gemeinschaftlicher Nuhungsrechte und die Ablösung von nach dem Patente vom 5. Juli 1853 regulierten Nuhungsrechten.

Von Franz Schokmayer,
Central-Ausgangsmittel der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft.

(Fortsetzung.)

H. Der Schlusssatz des § 48: „die nicht auf Servituten beruhenden gegenseitigen Weidrechte (Gesamtheit des Viehes) in einer in die Zusammenlegung der Grundstücke einbezogenen Flur erlöschen nach Uebernahme der Grundstücke durch die neuen Besitzer ohne Entschädigung,“ involviret eine faktische Ungerechtigkeit, denn solche wechselseitige Weidrechte bilden eben dieselben Weidenerrechte, wie ein anderes Weidenerrecht, und sind faktisch auch nichts anderes als ein gegen- oder wechselseitiges Servitut, welches in Krain im Falle einer Provocation (Anmeldung) nach dem Patente vom 5. Juli 1853 durchwegs der Ablösung oder Regulierung unterzogen worden ist.

Von einer gegenseitigen Aufhebung (mit Ausnahme des freien Uebereinkommens aller Interessenten) ohne Entschädigung kann aber hier umsoweniger die Rede sein, da die ausgeübten Weidenerrechte in der Regel nicht gleich sind und von der verschiedenen Tristzeit und dem Weidviehstande sowie von anderen Con- ditionen abhängen; besonders aber betrifft dies die kleinen Besitzer und Kalkler. So z. B. hat dermalen ein Kalkler für 1 oder 2, auch 3 Stück normales (Gros-) Vieh das gegenseitige Weidrecht auf der ganzen Flur, welche in die Auseinandersetzung mit einbezogen wurde, ungehindert und mit Recht ausgeübt, und soll nach § 48 sich einfach ohne Entschädigung dieser Nutzung begeben, und diese Weidenerrechte auf seinem eigenen kleinen Grundstück nach der neuen Plananlage ausüben, bei dessen Zuweisung auf den früher gehaltenen Weidenerrecht, welcher von der ganzen Flur aus der

Masse auf seinen Weidviehstand entfällt, keine Rücksicht genommen worden ist.

Oder es haben z. B. eine Anzahl Theilgenossen nur 50 oder 100 und ein Theil in derselben Flur 200 Tage als Tristzeit gehabt, wie dies oft schon bei Weid- Ablösungen vorkam. Dies sind doch nicht gleiche Nutzungen, welche ohne Entschädigung gegenseitig sich beheben sollen und können?

Soll nicht der § 5, lit. a, des Patentens vom 5ten Juli 1853 sehr oft von einzelnen Theilgenossen gegen das neue Gesetz für Grundzusammenlegung zum Schutze gebraucht werden, so müssen in dieser besprochenen Auseinandersetzung die Weidrechte gegenseitig im Geldäquivalent erst abgelöst und dann die weiteren Arbeiten durchgeführt werden.

G. § 71 sagt, daß die durch die Auseinandersetzungen erwachsenden Kosten von den Theilnehmern zu tragen wären. Dies wird jedoch in Krain großen Schwierigkeiten unterliegen und selbst beim besten Willen die meisten Auseinandersetzungen vereiteln, wobei ich, um mich nicht zu wiederholen, nochmals eindringlich auf die Erörterungen zu Punkt 9 hinweise. Wie kämen auch die Parteien dazu, jene Ablösungen, welche nach dem Patente vom Jahre 1853 für dieselben kostenfrei vorzunehmen sind, nun nach den §§ 13 und 71 selbst zu bezahlen, da sie doch dafür dem Lande die Grundentlastungssteuer zu entrichten haben? Deshalb sollte man dafür stimmen, daß solche Ablösungen oder Regulierungen, wie sie im § 13 vorgesehen sind, kostenfrei geschehen.

Die Erörterungen in den Punkten 1 bis 9, welche den Referenten-Entwurf betreffen, und jene A bis G, welche die legislativen Vorschläge des Ministerialrathes Beyrer einer gerechten Würdigung unterziehen, enthalten auch zugleich die Antwort auf die erste der Fragen, welche das hohe k. k. Ackerbauministerium mit dem Rundschreiben Nr. 9947/460 vom 9. September 1876 gestellt hat.

Wenn ein Commassationsgesetz so verfaßt sein wird, daß keine verfrühten Abstimmungen (deren im Punkte 2 gedacht wurde) geschehen und auch keine der oben, Punkt 3, besprochenen fingierten Abstimmungen geduldet werden, sondern nur die faktisch sich ergebende Majorität in dem Durchführungsgebaren gehört wird; wenn ferner das Gesetz und die Durchführungs-Instruction so geregelt werden, daß so viel als thunlich jede Uebervorteilung oder jeder Schade der einzelnen Theilgenossen durch Gesetz und Instruction selbst hintangehalten werden, und wenn endlich mit der Durchführung des Gesetzes vom Staate Organe betraut werden, welche diesem Zwecke nicht etwa mit experimentierender Halbheit, sondern nach allen Richtungen tüchtig, ehrenwerth und sachkundig gerecht zu werden trachten, und die zugleich auch bei der landwirthschaftlichen Bevölkerung nicht mißliebig sind, — dann dürfte selbst bei aufrechterhaltener Verpflichtung der Minorität, sich der durch die Majorität geschehenen

Provocation zu fügen, in unserer Provinz ein hatnäckiger, umfassende Zwangsmaßregeln erheischender Widerstand gegen die Auseinandersetzungen umsoweniger zu erwarten sein, als ja dies bei der Auseinandersetzung in Servitutsangelegenheiten nach dem Patente vom 5. Juli 1853, welche vor 27 Jahren doch von Amtswegen eingeleitet wurde, und welche mehr in das Fleisch der betreffenden Verpflichteten oder Berechtigten einschneidet, als eine Grundzusammenlegung nach diesem Besetze, wo stets der Besitz nicht etwa am Werthe verliert, sondern bedeutend gewinnt — auch nicht der Fall war.

Und so wird dieses Verfahren, durch welches der Besitz arrondirt, mit guten Wegen versehen und die nothwendige Be- und Entwässerung oder Bewässerregulierung erzielt wird, gewiß über kurze Zeit so wie in allen Provinzen Deutschlands auch bei uns als eine große Wohlthat angesehen werden.

So viel in Beantwortung der zweiten Frage des hohen k. k. Ackerbauministeriums.

Die vorstehend erwähnte Verpflichtung aber darf nicht so verstanden werden, als ob sich die Minorität auch in Bezug auf die Ausführung der Majorität zu fügen hat; sondern die Ausführung hat so zu geschehen, wie es das Gesetz vorschreibt und mit sich bringt.

Von einem Commassationsgesetze, welches Stimmeintheiligkeit verlangt, ist bei uns mit aller Bestimmtheit nie ein Erfolg zu erwarten. Das Gleiche würde eintreten, wenn für die Provocation eine große oder doch erhöhte Majorität benöthigt würde; mit diesen Erfordernissen wäre eine Grundzusammenlegung eine Seltenheit. Die gründliche Darlegung dieser Hindernisse findet man in den Ausführungen Seite 126, 127 der legislativen Vorschläge Beyrers.

Solche Zusammenlegungen werden auch viel theurer, da die Durchführungsorgane, welche selbstverständlich mehrere Auseinandersetzungen gleichzeitig zu bearbeiten haben, stets hin- und herreisen müssen und die Geschäftsabwicklung unnütz in die Länge gezogen wird. Ehe so eine große Majorität zustande gebracht wird, wird die Aufregung immer größer und die Grundstücke werden dabei nur vernachlässigt.

(Schluß folgt.)

Schluß der ungarischen Reichstagsession.

Im Laufe dieser Woche dürfte die gegenwärtige zweite Session des ungarischen Reichstages geschlossen und unmittelbar hierauf die neue, dritte Session desselben eröffnet werden. Dem „Pester Lloyd“ vom 11. d. M. entnehmen wir diesbezüglich die nachstehende Meldung: „Pestern abends hat, wie wir vernehmen, ein mehrstündiger Ministerrath stattgefunden, dessen wesentlichsten Beratungsgegenstand der Schluß der gegenwärtigen Reichstagsession bildete. Nachdem der Bankstatuten-Entwurf, welchen der Generalsekretär

Feuilleton.

Der Bergsturz bei Steinbrück.

Wie kürzlich gemeldet wurde, hat Se. Excellenz der Herr Ackerbauminister den gewesenen Forstakademie-Direktor Newald nach Steinbrück entsendet, um die forstlichen Verhältnisse in der vom Bergsturze betroffenen Gegend zu untersuchen. Direktor Newald hat die ihm aufgetragene Besichtigung in Gemeinschaft mit dem Landes-Forstinspektor für Steiermark am 14. Februar und den folgenden Tagen vorgenommen und auf Grund seiner Erhebungen dem Ackerbauminister eine Relation erstattet, aus welcher folgendes zu entnehmen ist:

In jenem Theile der Bergseite, von welcher die Abrutschung erfolgte, befindet sich eine ziemlich ausgedehnte Thalmulde, welche nach oben in einen mächtig eingesenkten Bergsattel verläuft. In dieser Mulde kam theilweise durch eine Tegelschicht durchzogen, vor. Diese eine außergewöhnliche Mächtigkeit besaß, reicht auch an den beiden Seiten, namentlich auf dem östlich anliegenden höheren Kalkfögel, ziemlich weit hinauf und wird an mehreren Stellen durch halb größere, bald kleinere Felsstücken durchbrochen. Nach unten lief die in der Rede stehende Mulde, wie solches unter ähnlichen Terrainverhältnissen stets der Fall ist, in eine mit dem Haupt-

thal zusammenfließende, mäßig geneigte Bodenverweiterung aus, welche für drei Wohnhütten und ihre Nebengebäude einen bequemen Standort und zur Anlage von Wiesen und Gärten, überhaupt einiger Kulturgründe, eine zusagebende Deutlichkeit abgab.

Auf dem bei weitem größten Theile der abgerutschten Bodenfläche kam, wie solches auch auf den nebenliegenden Bergseiten der Fall ist, eine Art Niederwaldbestockung vor; nur am oberen Rande jener Bodenfläche und in einer kleinen muldenförmigen Einsenkung am westlichen Rande der Abrutschung befanden sich Wiesen.

In mäßiger Entfernung unter der oben erwähnten Bergeinhalung tritt eine Quelle zutage, eine zweite soll auf der nunmehr abgerutschten Fläche vorgekommen sein. Mit Rücksicht auf die hohe Lage dieser Quellen und bei dem Umstande, daß im Zusammenhange mit der Einsenkung kein ausgedehntes Bergmassiv vorkommt, von wo aus eine ergiebige Speisung derselben stattfinden könnte, kann der Wasserstand dieser Quellen niemals ein besonders mächtiger gewesen sein. Am 14. Februar war der Wasserstand bei der noch bestehenden Quelle nur ein mäßiger.

Bergabrutschungen, wie jene bei Steinbrück, bereiten sich nur allmähig vor. Zum Theil sind es Terrainzustände, zum Theil geologische Verhältnisse, welche in ihrem Zusammenwirken die Katastrophe näher rücken, so daß schließlich ganz unwesentliche Momente dieselbe zum Ausbruche bringen. Durch welchen Umstand die in Rede stehende Abrutschung zunächst eingeleitet wurde, wird sich mit voller Verlässlichkeit wol niemals feststellen lassen;

mit aller Bestimmtheit kann jedoch gesagt werden, daß diese Ursache nicht in einer stattgefundenen Entwaldung gesucht werden kann.

Auf der Rutschfläche kam dieselbe Bewaldung vor, wie auf den nebenliegenden Bergseiten. Diese besteht, wie oben bereits erwähnt wurde, aus einer Niederwaldbestockung, welche in einer Art plenterweisen Behandlung benützt wird. Es finden sich Eichen, Roth- und Weißbuchen, Ahorn, Eschen, Sohlweiden, Bitterpappeln u. s. w. und eine Anzahl der mannigfaltigsten Straucharten vor, welche zusammen eine gute Bestockung bilden, deren Bewurzelung mäßig tiefgreifende Bodenabstufungen mit genügender Sicherheit hintanzuhalten vermag. Allein dieser, gegen das Eintreten von Abrutschungen gebotene Schutz kann selbstverständlich nicht tiefer greifen, als eben die Bewurzelung des Waldwuchses in den Boden eindringt; sie dürfte auf lockeren dolomitartigen Kalkschutt, mit dem man hier zu thun hat, kaum weiter als zu einer Tiefe von 1 Meter reichen. Nachdem jedoch bei Steinbrück der Dolomitschutt auf eine Tiefe von 4 bis 6 Meter in Bewegung geriet, so ist es selbstverständlich, daß das Eintreten der Katastrophe durch die Waldbestockung nicht verhindert werden konnte.

Das Vorhandensein dieser Waldbestockung auf der abgerutschten Bodenfläche war jedoch mittelbar von wesentlicher Bedeutung. Auf der ganzen Rutschfläche, namentlich aber auf dem oberen, muldenförmig erweiterten Theile derselben kommen die Wurzelhöcke, ferner der strauchartige Unterwuchs sowie eine Zahl starker, in dem früher dort vorhandenen Niederwald als Oberständer

Ritter v. Lucam im Sinne der mit den beiden Regierungen getroffenen Vereinbarungen auszuarbeiten übernommen hat, erst für heute hier erwartet wird und in den nächsten Tagen erst im Schoße der ungarischen Regierung berathen werden soll, daher auch die Reise des Finanzministers nach Wien behufs endgültiger Feststellung des Bankstatuts sich noch um einige Tage verzögern dürfte, und da ferner auch die übrigen auf den Ausgleich bezüglichen Vorlagen noch in einigen Theilen unvollendet sind, mußte die Hoffnung, die Ausgleichsvorlagen noch vor Eintritt der Osterferien vor das Haus zu bringen, definitiv aufgegeben werden. Dagegen ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß die Gesamtheit dieser Vorlagen unmittelbar nach dem Wiederzusammentritte des Reichstags demselben zur Verfügung stehen und er in der Lage sein werde, die hochwichtige Arbeit sofort in Angriff zu nehmen. Um nun nicht nach den Ferien mit der Constituierung des Bureaus, der Wahl der ständigen Kommissionen und all den übrigen weitläufigen Formalitäten, welche bei uns die Eröffnung einer neuen Session im Gefolge führt, dann erst die kostbare Zeit verzetteln zu müssen, ist das Ministerium, wie wir hören, dahin schlüssig geworden, die gegenwärtige (zweite) Session des Reichstages schon in der nächsten Woche zu schließen, unmittelbar darauf die neue (dritte) Session zu eröffnen, sohin noch vor dem Eintritt der Osterferien die ständigen Kommissionen wählen und alle die weiteren Formalitäten, welche bekanntlich nahe an acht Tage in Anspruch zu nehmen pflegen, vollziehen zu lassen. Eine natürliche Folge dieses, wie gesagt, für die nächste Woche projektierten Sessions-Schlusses ist dann die, daß der Gesetzentwurf über die sogenannten Friedensgerichte, welcher in den jüngsten Tagen so viel Staub aufwirbelte und der im Hause keineswegs rasch erledigt werden könnte, in dieser Session und überhaupt vor den Osterferien nicht mehr zur Verhandlung gelangen kann, sondern dessen Absehung von der Tagesordnung, eben unter Hinweis auf den bevorstehenden Schluß der Session, von seite des Ministeriums schon am nächsten Montag (an welchem Tage die Verhandlung dieses Gesetzes beginnen sollte) beantragt werden dürfte. Uebrigens wird noch vor der Montagsitzung, wahrscheinlich am Sonntag abends, eine Konferenz der liberalen Partei stattfinden, in welcher das Ministerium seine Intentionen zur Kenntnis der Partei zu bringen und deren Zustimmung einzuholen gedenkt."

Der neue Reichsgerichtshof in Deutschland.

Einer der wesentlichsten Berathungsgegenstände in der gegenwärtigen Session des deutschen Reichstages dürfte die Frage über den Sitz des neu zu errichtenden deutschen Reichsgerichtshofes bilden. Der diesbezügliche vielbesprochene Gesetzentwurf wurde dem Reichstage diesertage seitens der deutschen Regierung in jener Fassung vorgelegt, welche er nach Ablehnung des preussischen Antrages auf die Wahl Berlins im Bundesrathe erhalten hat. Derselbe enthält nur einen Paragraph, welcher lautet: „Wir Wilhelm u. s. w. verordnen im Namen des deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt: Das Reichsgericht erhält seinen Sitz in Leipzig.“ In der Begründung wird hervorgehoben, daß die Ausführung dieses Gesetzes dringend sei, schon weil die baulichen Einrichtungen, welche der Einsetzung des Reichsgerichtes voranzugehen haben, einen nicht unerheblichen Zeitaufwand erfordern werden, bis zum 1ten Oktober 1879 aber beendet sein müssen, wenn anders der späteste Zeitpunkt für das Inslebentreten des Ge-

richtshofes eingehalten werden soll. Es erscheine darum geboten, mit der Wahl des Ortes schon in dieser Session des Reichstages vorzugehen. Der zu diesem Ende vorgelegte Gesetzentwurf schlägt vor, Leipzig zum Sitz des Reichsgerichtes zu wählen. Für diesen Vorschlag der verbündeten Regierungen sei die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß das oberste Reichsgericht, welches für Handelsfachen geschaffen wurde und dessen Zuständigkeit im Laufe der Zeit bereits durch spätere Gesetze mehrfach erweitert worden ist, dort seinen Sitz habe und überwiegende Gründe, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen, sich nicht ergeben hätten.

Die Berathung des Reichstages über diesen Entwurf wird besonders deshalb interessant sein, weil auch die Vertretung der ursprünglichen Vorlage des Reichskanzleramts, wonach Berlin zum Sitz des Reichsgerichtes ernannt werden sollte, vom Bundesrathstische stattfinden wird. Dies entspricht dem Artikel IX der Reichsverfassung, wonach jedes Mitglied des Bundesraths im Reichstage auf Verlangen jederzeit gehört werden muß, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesraths nicht adoptiert sind. Der „Schlesischen Presse“ schreibt man übrigens, der Reichskanzler — vielleicht aus gewissen Familien-Erinnerungen, denn seine Mutter stammte aus Leipzig — habe sich für Berlin in diesem Falle viel weniger erhitzt, als gewisse altpreussische Partikularisten. Man lege dem Reichskanzler die Aeußerung in den Mund, Leipzig habe für gewisse Dinge den Vortheil, eine nichtpreussische Stadt zu sein, da im andern Falle nur zu häufig unangenehme Entscheidungen letzter Instanz leicht als preussischer „Bergewaltigung“ entworfen hingestellt werden möchten. Jedenfalls habe sich Fürst Bismarck durchaus passiv verhalten.

Die türkischen Parlamentswahlen.

Die Wahlen zum neu constituirten türkischen Parlamente sind mit Beginn dieses Monats beendet worden. Die vollständige Apathie, mit welcher sich die Bewohner Stambuls bei diesem Anlasse verhalten haben, beweist, daß entweder das Volk für derartige Dinge noch nicht reif ist, oder daß es, des Vertrauens in die Aufrichtigkeit der Regierungskräfte ermangelnd, der Institution eines Parlamentes nur mäßigen Werth beilegt. Insbesondere haben sich die Griechen der Wahl fast vollständig enthalten. Man schreibt diesbezüglich der „Pol. Korv.“ unterm 9. d. M. aus Konstantinopel:

„Bezeichnend für die Art und Weise, wie man das constitutionelle Regime in der Türkei zur Ausführung zu bringen gedenkt, war der Vorgang bei den hiesigen Wahlen. Es wurden hier bekanntlich zuerst 40 Wahlmänner, und zwar 20 Mohamedaner und 20 Nicht-Mohamedaner gewählt. Unter den letzteren waren neun Griechen, 6 Armenier, 4 Israeliten und 1 Lateiner. Jeder Wahlmann sollte auf seinen Wahlzettel 10 Namen, von 5 Mohamedanern und 5 Nicht-Mohamedanern, schreiben. Eine eigentliche Wahl war ihnen nicht gestattet. Dieses Geschäft war schon von der Stadt-Präfectur besorgt worden, welche eine Liste offizieller Kandidaten aufgestellt hatte. Die Wahlmänner durften nur aus dieser Liste wählen. Zur Wahl eines Deputierten war die absolute Majorität der Stimmen nöthig. Beim ersten Wahlgang erhielten nur zwei Kandidaten die erforderliche Majorität, der Scheich Osman Efendi und der Israelit Abdjeman Efendi, Kassier des Hauses Samondo. Hierauf ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall. Der Wahlmann des Wahlbezirkles von Tophané, Ulema Hodja Zia Efendi, hatte auf seinen Wahlzettel nur fünf mohamedanische Kandidaten geschrieben

und folgende Notiz beigefügt: Das Gesetz des Cheri, die Religion des Propheten und mein Gewissen gestatten mir nicht, meine Stimme Kioffiers (Ungläubigen) zu geben.

Der anwesende Stadtpräfekt Ghaliß Pascha zerris sofort den merkwürdigen Wahlzettel, getraute sich aber nicht, gegenüber dem wenig toleranten Ulema eine Bemerkung zu machen. Nachdem beim dritten Wahlgang keine absolute Majorität zu erzielen war, beantragten zwei armenische Delegierte, sich mit der relativen Majorität zu begnügen, welcher Antrag ungeachtet des Protestes der griechischen Delegierten angenommen wurde. Die 20 mohamedanischen Delegierten, welche gegenüber den unter sich uneinigten 20 nichtmohamedanischen Delegierten den Ausschlag gaben, stimmten über einen ihnen höheren Orts zugewandenen Wink nicht für die Griechen, sondern für die armenischen Staatsbeamten. Es kam es, daß das nächst den Türken zahlreichste und mächtigste griechische Element nur einen Kandidaten, Bassifaki Sarakotti, durchbringen konnte, während die Armenier drei Vertreter erhielten.

Das Endergebnis und die Details der Wahlen riefen einen wahren Sturm der Entrüstung bei den Griechen hervor, die diese Wahlen als einen Mißtrauensbeweis ihrer türkischen Mitbürger betrachteten, welchen sie, namentlich in der letzten Zeit, so viele Beweise ihrer Anhänglichkeit gegeben hatten. Verlezt in ihrer nationalen Eigenliebe, begangen die Griechen sofort mit den Tüfeln zu schmollen. Der erwähnte Grieche lehnte ab. Dieses Aufbrausen des griechischen Elementes machte jedoch die Pforte nachdenklich, und war sie unverzüglich darauf bedacht, diesem Uebel abzuhelfen. Ueber ihre Veranlassung gaben unmittelbar darauf auch zwei armenische Deputierte ihre Demission, und wurden seitens der Stadtpräfektur die Wähler für heute einberufen, und kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß statt eines Griechen nunmehr wol drei Griechen gewählt werden dürften.“

Politische Uebersicht.

Paris, 13. März.

Infolge der letzten Beschlüsse des ungarischen Ministerrathes hat sich die Wiener Reise der Minister verzögert. Finanzminister Széll wird Dienstag oder Mittwoch nach Wien reisen, um mit Baron Depretis den Text der Bantvorlagen endgültig festzustellen. Ministerpräsident Tisza und Herr v. Erlfort reisen erst nach Schluß des Reichstages ab.

Im deutschen Reichstage begann am 10. d. M. die Budgetdebatte. Es scheint bis nun sehr lebhaft abgegangen zu sein. Der Fortschrittmann Eugen Wüster sprach gegen die Deckung des Defizits durch erhöhte Matritularumlagen; Fürst Bismarck wies jedoch seinen Vorschlag, auf die Bestände zurückzugreifen, entschieden zurück, auch erklärte er sich gegen die Errichtung von Reichsministerien.

In dem französischen Senate ging es am selben Tage aus Anlaß der Wahl eines lebenslänglichen Senators gleichfalls außerordentlich erregt zu. Fast bis auf den letzten Mann hatten sich die Mitglieder eingefunden, die kranken Senatoren Magne und Carrobert ließen sich in den Sitzungsjaal hineinragen. Nach im letzten Augenblicke glaubte man an den Sieg des gemäßigten Republikaners André, doch die Coalition der Rechten hielt fest zusammen und auch die sogenannte „constitutionelle“ Partei stimmte zum großen Theil den Bonapartisten Dupuy de Lôme, so daß derselbe 142 gegen 140 Stimmen den Sieg davontrug.

zurückgelassenen Baumstämme, namentlich Rothbuchen, abgelagert vor, deren Wurzelverzweigung große Schuttmassen gebunden hält und somit das Abrutschen derselben verhindert. Unverkennbar ist die in Bewegung gerathene lockere Schuttmasse unter dieser oberen, durch die Wurzeln der Waldbestockung zu einem festeren Körper zusammengehaltenen Bodenschichte durchgerutscht, während letzterer der Bewegung nur zum geringen Theile folgen konnte und auf der Rutschfläche liegen blieb. Würde die an sich schon gewaltige Schuttmasse, welche besonders bei der Katastrophe am 19. Jänner in die Tiefe stürzte, noch durch die, auf die geschilderte Weise zurückgehaltenen Schuttquantitäten vermehrt worden sein, dann hätten selbstverständlich die Verheerungen unten im Thale einen noch viel größeren Umfang angenommen.

Man kann daher sagen, die auf der Rutschfläche vorhandene Waldbestockung konnte allerdings das Eintreten der Kalamität nicht verhindern, sie hat jedoch wesentlich zur Verminderung ihrer Ausbreitung und zur Einschränkung ihrer verheerenden Wirkungen beigetragen.

Die Abrutschung vom 15. Jänner hatte die in der Thalsohle vorhandenen drei Wohnhütten sammt ihren Nebengebäuden verschüttet, sie konnte ihre Schuttmassen jedoch nur bis in die Nähe des festen Bahndammes wälzen. Es war an jenem ersten Unglückstage nur der kleinere Theil des in Bewegung gerathenen Schuttquantums in die Thalsohle gelangt; der bei weitem größere Theil blieb in der unter der oberen Mulde vorkommenden Terrainverengung eingezwängt, staute sich dort auf, bis der Druck der oben aufgelagerten Schutt-

massen das Hindernis überwand und die gestauten Massen plötzlich, und zwar am 19. Jänner, mit unwiderstehlicher Macht in die Tiefe stürzten, dort die bekannte zweite Katastrophe herbeiführend. Daß die erwähnte Stauung der Schuttmassen thatsächlich stattgefunden hatte, wird auch durch eine, am westlichen Rande der Terrainverengung, auf dem dormalen noch festen Grunde dammförmig abgelagerte Schuttmasse dargethan.

Was nun die voraussichtliche künftige Gestaltung dieses Terrains und die in forstlicher Beziehung zu treffenden Maßnahmen anbelangt, so lagern auf dem an der Ostseite der Rutschfläche emporsteigenden Kalkkogel in den an demselben sich herabziehenden Einsenkungen noch bedeutende Schuttmassen, an vielen Orten von einer solchen Mächtigkeit, daß die Bindung derselben durch die darauf vorkommende Niederwaldbestockung nicht gesichert erscheint. Das Abrutschen ist hier umso mehr zu befürchten, weil die Bergabhänge ziemlich steil und die unteren Partien der Schuttablagerung bereits gelegentlich der Jänner-Katastrophe abgegangen sind.

An der Westseite des Rutschterrains erscheinen die Verhältnisse darum als weniger bedrohlich, weil die Bergabhänge weniger steil und überdies häufiger durch Felsenpartien unterbrochen sind, daher auch die Wirkung der vorhandenen Niederwaldbestockung bezüglich Bindung der Schuttmassen hier eine ungleich bessere ist. Die Abrutschungen, welche übrigens auch an dieser Seite unvermeidlich sind, werden sich auf mäßig ausgedehnte Flächen beschränken; sie werden auch aus dem Grunde weniger gefährlich wirken, weil der westliche Rand des

Rutschterrains von der eigentlichen Bewegungsbahn der Abrutschung entfernter liegt als der Ostrand.

Die am oberen Rande der Abrutschung vorkommende Wiese war schon bei der Begehung am 14ten Februar mehrfach durch horizontal hinlaufende, ziemlich breite Risse angebrochen, so daß das Vordringen bis an den Rand des Absturzes nicht ohne Gefahr stattfinden konnte. Durch die ganze Breite dieser Wiese hat der abgelagerte Schutt eine erhebliche Mächtigkeit; das Abrutschen bedeutender Theile desselben erscheint ganz unvermeidlich.

Faßt man das eben Dargestellte zusammen, so läßt sich also sagen, daß die beiderseits der abgerutschten Bergseite vorkommende Bewaldung nicht ausreichend ist, um das Eintreten neuer Abrutschungen hintanzuhalten, daß sie aber wesentlich dazu beitragen kann, die damit verbundenen Gefahren zu vermindern. Bei der Benützung dieser Waldbestockung sollte daher diesem letzteren Moment Rechnung getragen werden.

Wenn man nun auch gewärtigen muß, daß noch erhebliche Schuttmassen nachrutschen werden, so bestehen jedoch vorläufig keine Anhaltspunkte, auf welche gestützt nur mit einiger Verlässlichkeit der Zeitpunkt bezeichnet werden könnte, wo der Hauptsache nach diese Abrutschungen zu Ende sein werden und sich das Terrain so weit beruhigen wird, um dasselbe wieder irgend einer Kultur zuzuwenden zu können. Der in der Thalsohle gelegene Flächentheil, welcher eigentlich nur mit Schutt und Acker überdeckt ist, wird seinerzeit wieder als Wiese und Ackerland in Benutzung genommen werden können. Bei dem

Tagesneuigkeiten.

— (Für einen Polarfahrer.) Karl Weyprecht sendet der „Trierer Zeitung“ folgende Mitteilung zu: In einem amtlich bestätigten Schreiben aus Fiume wird mitgeteilt, daß sich einer der Matrosen der österreichisch-ungarischen Polar-Expedition, Vincenz Marola, im äußersten Steile befindet. An beiden Beinen paralytisch, liegt derselbe schon seit sieben Monaten darnieder. Die Ärzte erklären das Leiden als eine Folge der Anstrengungen während der Reise. Der Unglückliche hat sich nach der Rückkehr verheiratet und befindet sich jetzt, unfähig zu jedem Erwerbe, am Ende aller Hilfsmittel. Ich hege die Hoffnung, daß der allgemeine Jubel, mit welchem seinerzeit unsere Rückkehr und unsere Leistungen begrüßt wurden, nicht spurlos verflungen, und daß die Theilnahme noch genügend rege ist, um das traurige Los dieses Unglücklichen zu mildern, den ein unverschuldetes Geschick vorzeitig zum hilflosen Krüppel gemacht hat. Trier, 7ten März 1877. Hochachtungsvoll R. Weyprecht.

— (Verstorbene Todesmeldung.) Einem Telegramm zufolge, welches dem „Figaro“ aus Bordeaux zugeht, beruhte die Meldung von dem Tode des Erz-Königs Drélie Antoine von Neapolitanen auf einem Irrthum. Herr v. Tonnais befindet sich noch immer in dem dortigen Hospital, wo er den Besuch des Erzbischofs von Bordeaux, Kardinals Donnet, empfangen hat. In der Stadt wird eine Sammlung für die gefallene Majestät veranstaltet.

— (Eine Schauspielerin verbrannt.) Zu den vielen Opfern, welche der Unvorsichtigkeit auf der Bühne bereits gefallen sind, ist nun ein neues gekommen. In Bremen ist eine junge Schauspielerin, Fräulein Milla v. Pachert, verbrannt. Sie war als Soubrette am dortigen „Lwoli-Theater“ engagiert und befand sich hinter den Kulissen, ihr Stichwort erwartend, als plötzlich ihre Robe Feuer fing; den Bemühungen des Regisseurs Schindler gelang es, die Flamme zu ersticken, doch ist die Unglückliche in der Nacht vom Montag auf Dienstag an den Folgen der erlittenen Brandwunden, die man anfangs für nicht gefährlich hielt, gestorben. Das traurige Schicksal der in Bremen allgemein geachteten jungen Schauspielerin erregt dort sehr große Theilnahme.

— (Gemüthliches aus Baiern.) Während bei uns die Ziehung der Genois-Lose fixirt werden mußte, weil es sich herausstellte, daß kein Geld zur Bezahlung der Treffer vorhanden ist, hat die am 1. d. M. planmäßige Verlosung des Münchener Stadtanlehens — wie der „N. C.“ meldet — deshalb nicht stattgefunden, weil — der Termin übersehen worden ist.

— (Eiend.) In Wien in der inneren Stadt bot Donnerstag ein junges, elend gekleidetes, frierendes Weib das in ihren Armen ruhende Kind den Vorübergehenden zum Geschenke an. Eine Frau nahm das Kind; bei der Polizei wurde die Uebernahme konstatiert.

Lokales.

Aus der k. k. Landwirthschafts-Gesellschaft für Krain.

Aus der am 4. März 1877 abgehaltenen Monatsitzung des Centralausschusses der k. k. Landwirthschafts-Gesellschaft in Krain bringen wir nachstehenden Protokollauszug:

Gegenwärtig der Präsident Karl Freiherr von Wurzbach und 10 Centralausschüsse.

Sekretär Dr. Bleiweis trägt vor:

1.) Herr Julius Dürr, Handelsgärtner in Laibach, sendet seine Broschüre über „Gemüßbau“ zur Begutachtung und Anempfehlung, mit dem Beifügen, daß er bereit ist, dieselbe auch in slovenischer Sprache aufzulegen, sofern die Gesellschaft sie für gut erachtet. Präsident v. Wurzbach wurde als Experte bestimmt und übernahm die Durchsicht der Broschüre.

2.) Der Administrator des gesellschaftlichen Versuchshofs Herr Schollmayer zeigt an die dringende Nothwendigkeit der Herstellung einer Jauchegrube bei dem Thierhospital Nr. 2 und ersucht um sogleiche Herstellung derselben.

Herr Witschel wird ersucht, über diese Jauchegrube sowie andere beanspruchte Reparaturen ein Gutachten abzugeben und den vorgelegten Kostenüberschlag des Maurermeisters Zupančič zu prüfen.

3.) Herr Moritz Schejrer, Forstmeister in Raasdach, fragt sich an, ob er als Abgeordneter der Gesellschaft zu den auf den 12. d. M. in Wien anberaumten Forskongreß abgehen und auf die 50 fl. Reisebeitrag rechnen könne.

Herr Andreas Bruch bemerkt, daß vom Präsidium dieses Kongresses bis nun noch keine Anzeige der Gesellschaft zugekommen ist, daß überhaupt und wann ein Forskongreß tagen werde. Was die Reise-Unterstützung per 50 fl. betrifft, so ist die k. k. Landesregierung mit dem Erlasse des h. k. k. Ackerbauministeriums vom 2ten März v. J., Z. 2683/246, angewiesen worden, dieselbe aus der Forstkultur-Subvention an den Abgeordneten zu erfolgen.

Es wurde beschlossen, sich vorläufig sogleich telegraphisch bei Sr. Durchlaucht dem Fürsten Colloredo-Mannsfeld anzufragen, wann der genannte Kongreß tagen wird.

4.) Die Gemeinde Terzein ersucht, bei dem krainischen Landtage die Regulierung des dortigen Baches Psata, welcher äußerst schädliche Inundationen verursacht, zu befragen.

Die Eingabe wird an den Landesauschuß geleitet.

5.) Die k. k. Landesregierung fordert mit Note vom 22. Februar d. J., Zahl 1404, die Gesellschaft auf,

ihre Wünsche in Angelegenheit der pro 1877 erforderlichen Staatsunterstützungen für den land- und forstwirtschaftlichen Unterricht in den Fortbildungsschulen und durch Wanderlehrer zur Kenntniß zu bringen.

Herr Dr. Bleiweis beantragt: für die Fußbeschlages-Lehranstalt in Laibach 1000 fl. zu beanspruchen, ferner die Nothwendigkeit einer Ackerbauerschule zu betonen;

für den Fortbildungsunterricht einen gleichen Betrag, wie solchen der Landesauschuß im Betrage von 1500 Gulden zu leisten zusicherte, vom Staate zu erbitten;

die bleibende Anstellung eines Wanderlehrers mit allem Gewichte anzustreben;

desgleichen die Reorganisation der Lehrerbildungsanstalt durch Bestellung eines Lehrers für Landwirthschaftslehre um so dringender anzupfehlen, als letzterer zugleich der geeignetste Landesinspektor für die Fortbildungsschulen sowie auch Wanderlehrer sein könnte.

Alle diese Anträge werden einstimmig angenommen.

6.) Aus dem disponiblen Subventionstheile per 118 fl. wurde beschlossen, von der k. k. Versuchsstation in Görz Zellengrains zu bestellen und unter den bisherigen Modalitäten zu vergeben.

7.) Herr Dr. Ahazhizh bepricht mehrere vorgekommene Fälle, in denen der Execut vor der Feilbietung Bestandtheile der in Execution gezogenen Realitäten boshafterweise beschädigt. Ähnliche Fälle bringen auch der Vorsitzende sowie die Ausschußmitglieder Dr. Max v. Wurzbach und Dr. Poklukar zur Kenntniß. Einen eclatanten Fall verliest Dr. Bleiweis aus der „Novice.“

Nach mehrseitiger Besprechung dieser mißlichen und das Volk demoralisirenden, gemeinschädlichen Vorgänge, wobei hervorgehoben wurde, daß der Centralauschuß bereits im Jahre 1873 im Wege des h. k. k. Ackerbauministeriums und des h. k. k. Oberlandesgerichtes in Graz um Abhilfe, wengleich vergeblich, dringend gebeten habe, wurde beschlossen: diesen Mißbrauch zur Verhandlung im krainischen Landtage zu bringen, zugleich aber auch ein diesbezügliches Promemoria an die beiden Häuser des Reichsrathes mit Anführung von Thatsachen und speziellen Fällen zu richten.

8.) Herr Dr. Ahazhizh bemerkt mit Bezug auf den Umstand, als gegenwärtig die Gesellschaft aufgefordert wurde, zur Verfassung eines Commaffations-Gesetzes ihr Gutachten abzugeben, daß ein solches Gesetz im Landesgesetzblatte vom 15. Mai 1872 Nr. 17 bereits erschienen, jedoch nicht zur Durchführung gelangt sei. Wurde zur Kenntniß genommen.

9.) Als neues Gesellschaftsmitglied wurde schließlich Herr Alexius Robiet, Apotheker in Radmannsdorf, ernannt.

— (Archäologische Grabungen.) Se. Majestät der Kaiser haben dem außerordentlichen Professor der Grazer Universität Dr. Friedrich Fichler zur Vornahme archäologischer Grabungen im Gebiete der Römerstädte Flavianum solvense, Celsia, Poetovio, Virunum und Teurnia über sein Ansuchen eine Subvention von 500 fl. aus Allerhöchster Privatasse allergnädigst zu bewilligen geruht.

— (Landes-sanitätsrath.) Anlässlich der infolge Ablaufes der dreijährigen Functionsperiode nothwendig gewordenen Neubildung des k. k. Landes-sanitätsrathes für Krain wurden — wie aus einer Kundmachung im amtlichen Theile unseres heutigen Blattes hervorgeht — für die Dauer der nächsten drei Jahre die Herren: Professor Dr. Franz Schiffer, Regierungs-Konzipist Dr. Friedrich Keesbacher, Primararzt Dr. Franz Fuz und Eisenbahnarzt Dr. Adolf Eisl zu ordentlichen Mitgliedern desselben ernannt.

— (Eine Spende für die Nothleidenden in Krain.) Ein Menschenfreund, der ungenannt zu bleiben wünscht, hat dem Minister des Innern den Betrag von 10,000 fl. für wohltätige Zwecke übergeben. Der Minister hat hiervon 5000 fl. dem Statthalter in Niederösterreich, 4000 fl. dem Statthalter in Böhmen und 1000 fl. dem Landespräsidenten in Krain mit der Aufforderung zugesendet, diese Beträge, den Intentionen des edlen Spenders entsprechend, sogleich zur Unterstützung Nothleidender verwenden zu lassen.

— (Für die Loitscher Abgebrannten.) Bei der k. k. Landesregierung in Laibach ist für die Abgebrannten von Cevice, Brod und Oberloitsch im Wege der k. k. Bezirkshauptmannschaft Rohrbach in Oberösterreich ein weiterer Sammelbetrag von 83 fl. 42 kr. eingelaufen.

— (Ergebnis der Probewahlen.) Die gestern abends im Kasino-Glaskalon stattgefundene Probewahl des II. Wahlkörpers war sehr zahlreich besucht. Vorsitzender Dr. v. Schrey eröffnete dieselbe mit einer entsprechenden Ansprache, in welcher er zur Annäherung von Candidaturen aufforderte, worauf zunächst Herr Hofrath Adler von Pössanner das Wort ergriff und der Versammlung unter lebhaftem Beifall der Anwesenden die Wiederwahl der um das Wohl der Gemeinde hochverdienten Herren: Landeshauptmann Ritter von Kaltnegger und Bürgermeister Lashan empfahl. Die Herren: Professor Linhart und Oberfinanzrath Dr. Sajic kandidierten hierauf, ersterer den Herrn Landesgerichtsrath von Huber, unter Hinweis auf dessen Wirksamkeit im Districtsrathe, letzterer den Herrn Leopold Bürger, dessen technische Kraft im Gemeinderathe nur schwer vermisst werden könnte. Nachdem der Vorsitzende unter einbringlicher Betonung der besonderen Wichtigkeit der heurigen Gemeindevorwahlen alle Wähler zum zahlreichen Erscheinen am Wahltage und zum einmüthigen Einsehen für die aus der heutigen Besprechung hervorgehenden Candidaten aufgefordert hatte, wurde zur Probe-

In dem neuen portugiesischen Ministerium hat Marquis de Avila die Präsidenschaft und die Portfeuille des Ministers des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, Carlos Bento das Finanzministerium, Barroffe Cunha das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Mezia Salema das Justizministerium, General de Sousa Pinto das Kriegsministerium, Jose Mello Couvea das Marineministerium übernommen.

Die schweizerische Bundesversammlung nahm am 5. d. M. die am 23. Dezember v. J. unterbrochenen Verhandlungen wieder auf. Im Nationalrathe nahm man sofort die Berichterstattung der Kommission über das vom Ständerathe in erster Lesung bereits erledigte Gesetz, betreffend die Militärpflicht-Erbssteuer in deutscher und französischer Sprache entgegen, welches bei der Volksabstimmung am 9. Juli v. J. schon einmal Schiffbruch erlitten hat.

Der dänische Finanzminister hat kürzlich seinen Generalbericht über die vollendete dänische Münzreform erstattet. Dieselbe war radikal, da sie nicht nur das Währungsmittel Silber in Gold, sondern auch den Münzfuß änderte und daher jedes einzelne Münzstück umprägte. Die Operation ward in der Zeit vom August 1873 bis 30. November 1876 vollendet. Im ganzen hat die Reform 2,083 Millionen Kronen gekostet.

Der rumänische Senat hat am 10. d. M. die Regierungsvorlage, betreffend die neue Organisation des Ministeriums des Aeußern, mit einigen Reductionen angenommen.

Zur Deckung der Bedürfnisse der bereits im Felde stehenden russischen Armeen, welche circa 700,000 Rubel täglich absorbieren, und der aufzustellenden neuen Armecorps wird angeblich eine neue innere Anleihe im Betrage von 200 Millionen Rubel Papier in Aussicht genommen. Dieselbe dürfte in zwei Terminen zu je 100 Millionen Rubel auf den Markt gebracht werden und ebenfalls wie die letztfinanzierte die Form von fünfprozentigen Bankbilletts haben. Der Subscriptionspreis wird 90 Prozent betragen, und werden bereits die nöthigen Anordnungen getroffen, um die Finanzierung des ersten Theiles der neuen Anleihe in der allernächsten Zeit zu ermöglichen.

Die serbische Regierung wird diesertage den ständigen Kapulehaja (Vertreter) für Konstantinopel ernennen. Da der letzte Vertreter Serbiens bei der Pforte, Magajinovic, sich weigert, diesen Posten wieder zu übernehmen, so dürfte der Friedensunterhändler Philipp Kevic wol bleibend mit der Vertretung Serbiens in Konstantinopel betraut werden.

Die montenegrinischen Gebirgspässe sind den neuesten Meldungen zufolge gegenwärtig so total verschnit, daß die conventionsmäßige Verproviantierung von Transporthilfen über Skutari nach Rijeta unausführbar sind, so daß die Bevölkerung im östlichen Montenegro die höchste Noth leidet.

Heute soll das türkische Parlament eröffnet werden, wenn nicht inzwischen wieder ein Aufschub eintritt. Die Thronrede ist von dem Präsidenten der zweiten Kammer, Achmed Bekt Efendi, bereits konzipiert worden. Der Staatsrath hat das Elaborat zur Prüfung übernommen.

Der nordamerikanische Senat, der früher gegen die Zusammensetzung des neuen Ministeriums protestieren zu wollen Miene machte, hat nun dennoch das Gesamtministerium fast einhellig bestätigt. Das ist ein überaus schwerwiegender Beschluß. Jetzt erst darf man mit Sicherheit annehmen, daß Präsident Hayes mit Entschiedenheit die Verwirklichung des in seiner Botschaft skizzirten Programmes anzustreben in der Lage sein wird.

örtlichen Mangel an eigentlichen Kulturgründen erscheint es als entsprechend, daß dieser Flächenheil von der Wiederbewaldung ausgeschlossen bleibt.

Auf dem oberhalb gelegenen Rutschterrain kommen aus der auf der Fläche früher vorhandenen Niederwaldbestockung herrührende zahlreiche Wurzelstöcke abgelagert vor, stellenweise auch noch Baumstämme von verschiedenen Dimensionen. Diese letzteren könnten, mit Beachtung der nothwendigen Vorsicht, von den Eigenthümern zur Nutzung gebracht werden. Schon im heurigen Jahre triebe eine theilweise Holzbestockung und Wurzelstöcke nächsten Jahren an jenen Orten, wo es nothwendig sein wird, durch künstliche Aufforstungsmaßregeln zu vervollständigen wäre. Auf eine solche Weise dürfte sich die Wiederaufforstung des hiezu bestimmten Flächenheilens der Abrutschung auf eine einfache, wenig kostspielige Art realisieren lassen.

Abelangend endlich die Bodenabrutschung oder Abberg bei Cilli, beziehungsweise Annawerthholle Grundstücke, sind daselbst von der Kalamität sehr und erleiden die Eigenthümer derselben sehr erhebliche Beschädigungen. Eingestürzt war am Tage der Begehung bereits ein Wohnhaus, bedroht war, im Bereiche der Abgründungen gelegen, ein zweites Wohnhaus und am oberem Rande des Rutschterrains mehrere kleine Wohnhäuser sammt Nebengebäuden. Forstliche Fragen kamen jedoch bei dieser Vertiklichkeit in keiner Weise in Betracht.

wahl geschritten, bei welcher die obengenannten Herren: Landeshauptmann Hofrath Ritter von Kaltenegger, Bürgermeister Laschan, Landesgerichtsrath Eder von Huber und Handelskammerrath Leopold Bürger einstimmig als Kandidaten des II. Wahlkörpers proklamiert wurden.

Bei der tagsvorher unter dem Vorsteher des H. Leskovic abgehaltenen Probewahl des III. Wahlkörpers wurden anstelle der ausscheidenden Gemeinderäthe Lafnik und Regali, deren Erstgenannter neuer vom I. Wahlkörper als Kandidat in Aussicht genommen ist, die Herren: Möbelhändler Johann Mathian und Realitätenbesitzer Johann Komar als Gemeinderaths-Kandidaten aufgestellt.

Der I. Wahlkörper hält seine Probewahl morgen abends um 7/8 Uhr im Kasino-Glaskalon ab.

(Vierhundertjähriges Jubiläum der Stadt Laas.) Ueber das am 8. d. M. provisorisch gefeierte 400jährige Jubiläum der Stadt Laas in Innerkrain schreibt uns ein Freund unseres Blattes unterm 12. d. M. aus Laas: „Am 8. d. M. waren es 400 Jahre, seit Laas durch Kaiser Friedrich IV. zur Stadt erhoben wurde.

Von den wackeren Bürgern der Stadt wurde beschlossen, diesen Erinnerungstag feierlich zu begehen. Schon mit Morgengrauen verkündete donnerndes Pöllerschießen den Anbruch des Festtages. Nach dem kirchlichen Ceremoniel versammelte sich der Stadtausschuß zu einer außerordentlichen Sitzung und brachte einstimmig die tiefste Ergebenheit und unerfütterliche Treue der gesammten Bürgerchaft zu Sr. Apostolischen Majestät dem Kaiser von Oesterreich zum Ausdruck und stiftete zum ewigen Andenken für arme Studierende von Laas eine „Kaiser Franz Josef-Stiftung“, zu welchem Behufe ein Betrag von 300 fl. aus der Stadtkasse votiert und unter einem um die Bewilligung angebracht wurde, der Stiftung den genannten Namen beilegen zu dürfen.

Am Abend des oberwähnten Tages wurde vom provisorischen Comité ein Festessen in den Lokalitäten des Bürgermeisters Herrn Lah veranstaltet, an welchem sich sämtliche hiesige k. k. Beamten, Bürger und zahlreiche Gäste des Laasfestes beteiligten. In animierter Stimmung saßen die Festtheilnehmer an diesem für Laas denkwürdigen Tage zusammen, und wurde die Rede des Herrn Dr. Dolenz, welcher geschichtlich die bezüglichen Punkte für Laas berührte und den Toast auf Sr. Majestät den Kaiser ausbrachte, mit donnerndem Beifalle aufgenommen. Ferner wurde auch auf den eigentlichen Anreger der Feierlichkeit, Herrn Jakob Zabukovec, k. k. Beamten der Finanzdirection in Laibach, einen gebürtigen Laaser, sowie auf den Fortschritt der Bevölkerung toastiert. Best bestritten schieden alle. Dieses Fest bildete jedoch nur die Vorfeier des 400jährigen Jubiläums, denn das eigentliche Volksfest zu diesem Behufe wird in der ersten Hälfte des Monats August l. J. in Laas stattfinden.

Zu diesem Zwecke wurde vom I. Wahlkörper ein definitives Comité aus den Herren: Perjav, Dr. Dolenz, Berdovac, Lah, Großmann, Jindarsic und Stabice gewählt; dasselbe wird für einen würdigen Vollzug des 400jährigen Jubiläums die nöthige Vorsorge treffen.

(Das Veteranenwesen in Krain.) Wie dem jüngst erschienenen Leutgeb'schen Jahrbuche „Der Veteran“ zu entnehmen ist, befinden sich gegenwärtig in Krain 6 Veteranenvereine mit 269 wirklichen, 25 beiträgenden und 63 Ehrenmitgliedern. Ganz Ostriehlanien zählt 829 Militär-Veteranenvereine mit 78,167 wirklichen, 4456 beiträgenden und 12,306 Ehrenmitgliedern.

(Wiederherstellung des Südbahn-Verkehrs.) Der durch Schneeverwehung unterbrochene Personenverkehrs zwischen Pragerhof-Kanizsa, Kanizsa-Barcs und Kanizsa-Steinamanger, dann Ofen-Stuhlweissenburg, Stuhlweissenburg-Kanizsa und Stuhlweissenburg-Uj-Eszny wurde wieder eröffnet. Der Frachtenverkehr bleibt auf diesen Linien bis auf weiteres noch sistirt. Desgleichen wurde auch auf der Strecke Wiener-Neustadt-Steinamanger der Frachtenverkehr wieder aufgenommen.

(„Die Heimat.“) Die soeben erschienene Nummer 24 des illustrierten Familienblattes „Die Heimat“ enthält: Die nur einmal lieben. Roman von Moriz Jokai. Autorisierte Uebersetzung aus dem Ungarischen von A. D. (Fortsetzung.) — Illustrationen aus dem Pragerwerke Göbhe's „Fausl“: Ornament von Rudolf Seitz, und „Gretchen betend“ von Piezen-Mayer. — Mit der Pfeife im Mund. Gedicht von J. Fleischer. — Unter den Tannen. Novelle von F. von Stengel. (Fortsetzung.) — Der Richter der „Deborah.“ Von Alfred Klar. (Mit Portrait: S. H. Rosenthal.) — Das Kriegsjahr 1809. Nach den „Erinnerungen“ des Grafen Eugen von Fernin und Thedeniz. Auszugsweise mitgetheilt vom Freiherrn v. Helfert. III. — Ein türkisches Staatsgefängnis. Von H. Kutschera. (Mit Illustration: Der Gefandtenthurm in Stambul.) — Randglossen eines Harmlosen. Antiquitäten-Prozess. Rosenthal. Ludwig Döczy's „Ruf“ am Burgtheater. Solvini. Von Ilse ego. — Aus aller Welt. — Vom Bäckermarkte. — Briefkasten.

Theater.

(—) Vorgestern hatte sich ein äußerst zahlreiches und distinguiertes Publikum in den Theateräumen versammelt; ob angezogen durch das neueste Rosen'sche Lustspiel, oder, um dem Benefizianten Herrn Rieger, der im Laufe der Saison wahrlich nicht auf Rosen wandelte, eine kleine Freude zu bereiten, lassen wir bei der gleichen Berechtigung beider Absichten dahingestellt und konstatieren nur, daß ein Lustspielabend in Laibach ein so volles Haus schon lange nicht erzielt hat.

Wir beglückwünschen Herrn Rieger zu dem glänzenden Erfolge seiner Benefizvorstellung, den er in jeder Beziehung verdiente und der ihn zugleich theilweise für das Widerwärtige, das ihm vielleicht hier und da passirte oder gesagt wurde, entschädigt haben dürfte. Herr Rieger war so ziemlich das weißbesetzte Mitglied unserer heurigen Gesellschaft, nahezu täglich vor den Lampen und daher begreiflicherweise auch oft in Rollen, die ihm mehr als ferne lagen.

Trotzdem unterzog er sich jeder ihm gestellten Aufgabe mit unermüdlichem Eifer, so kann er aber auch — vielleicht der einzige unter seinen Kollegen — unter die abgelaufene Saison mit dem befriedigenden Bewußtsein den Schlußstrich machen, daß er etwas gelernt habe, denn seine Leistungen sind im Verlaufe derselben zusehends besser und besser geworden; dies bewies er uns von neuem gerade an seinem Ehrenabende, zu dem er uns mit etwas ausgepreßten und nicht genug aromatischen „Zitronen“ Rosen'scher Lustspiellatte regalierte.

Es ist ein sehr richtiger Gedanke, alle Menschen auf die Zitrone zurückzuführen, denn thatsächlich ist jeder Mensch Zitrone oder er preßt Zitronen, selbstverständlich findet man sogar beides in einem Individuum vereint. Rosen hatte eine solche Zitronenpresserin als Heiratsvermittlerin auf die Bühne gebracht, die jedoch ihrer übermäßigen Aufgabe — sie soll nicht weniger als drei widerstrebende Paare — Zitronen, die sich nicht pressen lassen — in einem Zeitraum von vier Akten zur Heirat pressen — unterliegt, selbst zur Zitrone wird und als Witwe und Mutter von zwei erwachsenen Kindern plötzlich zwei Heiratsanträgen gegenüber steht: einem eingebildeten und einem faktischen.

Die Anlage des Stückes führt zu sehr komischen Entwicklungen, welche allerdings mitunter etwas gehobt entwickelt werden. Im allgemeinen ist es Rosen'scher prickelnder Witz in dem leicht geschürzten Dialog, der auch „Zitronen“ überall eine angenehme Aufnahme findet, umsoher, wenn die Hauptrollen in so guten Händen sind, wie dies vorgestern bei uns der Fall war. Namentlich hat Frau Ströhl aus der „Katharina Scherz“ eine löbliche Figur geschaffen. „Dr. Julius Hirsch“ ist zwar eine dankbare Rolle und enthält keine der schwirrigsten Aufgaben, die Herr Rieger in seiner mannigfachen Verwendung bisher schon zu lösen hatte, umso künstlicher war jedoch auch die Leistung des Benefizianten, der im Vereine mit seiner vorgenannten Gegerin und mit Fr. Weidl als „Marie“ die Wahrheit der übrigen weniger in den Vordergrund tretenden Darsteller beglich. — Herr Leuthold und Herr Wallner, namentlich der erstere, erschienen in etwas zu jugendlichen Masken. Herr Rieger wurde lebhaft applaudirt und mit einer Kränzspende begrüßt.

Eingefendet.

Probewahl.

Das gefertigte Comité beehrt sich hiemit, zu der anlässlich der bevorstehenden Gemeinderathswahlen morgen Donnerstag den 15. März für den I. Wahlkörper zu veranstaltenden Probewahl einzuladen.

Die Versammlung, um deren pünktlichen und zahlreichen Besuch seitens der Herren verfassungstreuen Wähler dringend gebeten wird, wird im Kasino-Glaskalon abgehalten und beginnt abends halb 8 Uhr. Laibach am 11. März 1877.

Vom Central-Wahlcomité des const. Vereins

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“) Wien, 13. März. Das Abgeordnetenhaus nahm die Regierungsvorlagen betreffs Anlaufes der Braunau-Strazwalchener Eisenbahn durch den Staat und betreffs Gewährung eines Staatsvorschlusses von 1 Million Gulden an die Prag-Duxer Eisenbahn nach den Ausschufsanträgen an, nachdem der Handelsminister die Annahme befürwortet hatte.

Rom, 12. März. In dem heute vormittags abgehaltenen Consistorium verkündete der Paps nach einer Allocution die Ernennung der nachstehenden elf Cardinäle: Benavides, Patriarch von Westindien; Apuzzo, Erzbischof von Capua; Garcia Gil, Erzbischof von Saragossa; Howard, Erzbischof von Neo-Cesarea; Pava h Rico, Erzbischof von Santiago di Compostella; Caverot, Erzbischof von Lyon; Canossa, Bischof von Be-

rona; Serafini, Bischof von Biterbo; Scharetti, Sektar der Congregation der Bischöfe; Nina, Affessor der Inquisition. Congregation; de Falloux, Geschäftsführer der apostolischen Kanzlei.

Konstantinopel, 10. März, vormittags. (Eingetroffen am 12. März, abends.) Die „Agence Havas“ meldet: „Die montenegrinischen Delegierten haben auch heute den Minister des Aeußern besucht. Die Situation hat keine Veränderung erfahren, nachdem die Montenegroiner alle ihre Forderungen aufrecht halten, während die Pforte in ihrer ablehnenden Haltung gegen dieselben verharrt.“

Konstantinopel, 12. März. (Presse.) Aus Rücksicht für die Deputierten Mesopotamiens und Arabiens, die eine große Strecke Weges von ihrer Heimat bis hierher zurückzulegen haben, wurde die Parlaments-Eröffnung um einige Tage verschoben.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 13. März. Papier = Rente 62 90. — Silber = Rente 67 75. — Gold = Rente 74 45. — 1860er Staats-Anlehen 109.—. — Bank = Aktien 826.—. — Kredit-Aktien 148 80. — London 123 75. — Silber 112 35. — R. t. Miliz = Dukaten 5 85. — Napoleons'or 9 89. — 100 Reichsmark 60 75.

Wien, 13. März. Zwei Uhr nachmittags. (Schlußkurs.) Kreditactien 148 75, 1860er Lose 109.—, 1854er Lose 131 50, österreichische Rente in Papier 62 85, Staatsbahn 227 50, Nordbahn 180 25, 20-Frankenstücke 9 89 1/2, ungarische Kreditactien 126 25, österreichische Francobank —, österreichische Anleihebank 71.—, Lombarden 81 25, Unionbank 50 50, austro-orientalische Bank —, Lombardactien 329 —, austro-ottomanische Bank —, türkische Lose 17 25, Romananal = Anlehen 94 50, Egyptische —, Goldrente 74 45.

Angekommene Fremde.

Am 13. März. Hotel Stadt Wien. Schacherl, Hedenig, Kaiser u. Träger, Wien. — Kader, Jonke und Fink, Gottschee. — Salomon, Berlin. — R. v. Pauletig, Görz. — Birmauer, Cilli. Hotel Elefant. Mayer und v. Hollacty, Matzbergbet. — Stefan Graz. — Schujtschik, Oberkrain. — Graf Barbo, Kröjzenbach. — v. Garzaroli, Senojetich. Bairischer Hof. Beniger, Trief. — Kramer, Hannover Köhren. Sternab, Laibach.

Theater.

Heute: Der Karneval in Rom. Komische Oper in 3 Akten von Josef Braun. Musik von Johann Strauß. — Als Einlage im 2. Akte: „Wo die Zitronen blühen.“ Ballet von Johann Strauß, instrumentirt vom Kapellmeister Kronet, dirigirt von Frau Frischke-Lagner.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0°C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Richtung des Windes, Bemerkungen. Data for 7 U. Mg., 2 „ N., 9 „ Ab.

Morgens und vormittags trübe, nachmittags Aufbesserung. Sonnenschein, windig; Abendroth, klare Nacht. Das Tagesmittel der Temperatur — 3 9°, um 6 7° unter dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Dankfagung.

Aus tiefgerührtm Herzen spreche ich allen denjenigen, welche meinen geliebten Gatten in so großer Anzahl zur letzten Ruhestätte begleiteten und noch überdies mit Kränzspenden bedachten; besonders aber dem verehrlichen Lehrkörper des k. k. Gymnasiums und den Herren Studierenden, welche dem Verstorbenen durch die reichen Kränzspenden, und die letzteren auch noch durch den Gesang, bis zum Grabe ihre Liebe und freundliche Gesinnung bewiesen haben, meinen tiefgefühlten Dank aus.

Amalie Tusek

geborne Rom-Schreiner.

Börsenbericht.

Wien, 12. März. (1 Uhr.) Mit Ausnahme der Actie der ung. Kreditbank, welche von der Speculation begünstigt wurde, blieben die Kurse wenig verändert und der Verkehr schwach.

Large table with multiple columns listing various financial instruments: Bausparrenten, Actien von Banken, Actien von Transport-Unternehmungen, Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen, Wechsel, Geldsorten, etc. Each entry includes 'Geld' and 'Ware' values.